

Zürich, 18. August 2021

Eidgenössisches Departement für  
Wirtschaft, Bildung und Forschung  
WBF  
Staatssekretariat für Wirtschaft  
SECO  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern



## **EINFÜHRUNG EINER REGULIERUNGSBREMSE Stellungnahme zur Vernehmlassung**

---

Schweizerische  
Energie-Stiftung  
Fondation Suisse  
de l'Énergie

Sihlquai 67  
8005 Zürich  
Tel. 044 275 21 21

info@energiestiftung.ch  
PC-Konto 80-3230-3

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, zu den beiden Vorlagen betr. die «Einführung einer Regulierungsbremse» (Änderung des Parlamentsgesetzes sowie Bundesbeschluss betr. die Änderung der Bundesverfassung) danken wir Ihnen bestens.

Die «Regulierungsbremse» sieht vor, dass Erlasse, welche zu höheren Kosten für Unternehmen führen können, neu ein qualifiziertes Mehr erfordern. Die Schweizerische Energie-Stiftung lehnt die Einführung eines solchen Mechanismus aus den nachfolgenden Gründen klar ab.

Gemäss der «Regulierungsbremse» sollen die Auswirkungen von Parlamentserlassen auf Unternehmen und deren Kosten systematisch höher gewichtet werden als die Auswirkungen solcher Erlasse etwa auf die Umwelt, auf Soziales oder auf die Menschenrechte. Dies zu einem Zeitpunkt, da sich die Klima- und die Biodiversitätskrise rasant zuspitzen, die Externalisierung von Umweltkosten durch Unternehmen von vielen Seiten kritisiert wird, und auch von internationalen Institutionen immer deutlicher die Forderung erhoben wird, den Auswirkungen von politischen Entscheiden auf Klima und Biodiversität sehr hohes Gewicht zu geben.

Die «Regulierungsbremse» widerspricht den in der Verfassung verankerten Nachhaltigkeitszielen der Schweiz und der «Strategie Nachhaltige Entwicklung» (SNE), welche eben erst vom Bundesrat verabschiedet worden ist.

Der vorgesehene Mechanismus ist auch staatspolitisch höchst fragwürdig: Während im bewährten Schweizer System des Interessenausgleichs bisher gilt, dass Kosten und Nutzen neuer Regulierungen für

verschiedene Akteure gleichermaßen berücksichtigt werden müssen, würde mit der «Regulierungsbremse» eine inakzeptable Höhergewichtung wirtschaftlicher Interessen von Unternehmen gegenüber anderen - etwa sozial-, umwelt- oder menschenrechtspolitischen - Interessen institutionell verankert.

Die Kosten und Anzahl der betroffenen Unternehmen werden zudem ohne klare Definitionen und solide Datenlage erhoben. Die Regulierungsfolgeabschätzungen dürften in der Umsetzung grosse Probleme aufwerfen und damit zu hoher Unsicherheit führen. Damit verbunden tragen die sehr tief angesetzten Schwellenwerte zusätzlich zur Fragwürdigkeit der Vorlage bei.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Nils Epprecht', with a stylized, cursive script.

Nils Epprecht  
Geschäftsleiter Schweizerische Energie-Stiftung